Ausgabe 1/2024
für Hessen

Der VOLLZUGSDIENST

Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD Gewerkschaft Strafvollzug

dbb beamtenbund und tarifunion

CESI

Zum Abschied für Birgit Kannegießer eine ganz besondere Abschiedsrede

Liebe Birgit!!!

Die Vita, die Du im hessischen Justizvollzug seit 1986 nun hinter Dir lässt, ist geprägt von einem außerordentlichen Engagement für den Vollzug.

Du hast langjährige Führungsverantwortung in unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Von der Verwaltungsmodernisierung; Personalführung und Personalplanung bis hin zu Recht und Finanzen – bei keinem dieser Themenbereiche musstest Du passen. Der Stellenbesetzungsplan, die Personalkalkulation, die Dienstplanung. Der Vollzug war und – ich denke wird immer einen Teil Deines Herzens einnehmen. Du hast für uns alle im Vollzug gewirkt – gekämpft – gerungen. Wir haben Dir unglaublich viel zu verdanken. Du bist nicht zurückgegangen. Nein!!! Du standest ganz fest im Sturm.

Du hast mit Deinem Willen zu kämpfen für uns sehr viel erreicht. Durchsetzungsstärke (oder besser Wille) Dein Verhandlungsgeschick gepaart mit einer Art stoischen Geduld haben uns im Justizvollzug so manches Mal vor schlimmeren bewahrt. In der jüngeren Vergangenheit konnten – dank einer anderen Besetzung im Ministeramt, auf Deinen „letzten Metern“ noch einige langjährige Ziele erreicht werden.

Florian Haas und Birgit Kannegießer

Du warst seit 2005 im Hauptpersonalrat. Seit 2012 die Vorsitzende. Gewerkschaftlich warst Du für den BSBD von 2005 – 2009 die Geschäftsführerin des BSBD Hessen.

Seit 2009 bist Du die Vorsitzende unsere Gewerkschaft. Im Hauptpersonalrat bist Du seit 2012 im Vorsitz. Von 2013 bis 2023 bist Du als stellvertretende dbb Vorsitzende mit Überzeugung und Tatkraft vertretenden gewesen. Von 2018 bis 2023 warst Du Mitglied in der Landespersonalkommission. Im dbb hast Du sogar ein Jahr, 2014 – 2015 als Landesgeschäftsführerin gewirkt.

Ich habe Dich wirklich sehr oft gefragt. „Birgit – wo nimmst Du bloß die Kraft her“??? Kraft um gegen Windmühlen zu kämpfen. Kraft, um für andere einzustehen. Für andere zu kämpfen. Genau das war und ist es bis heute.
Ich kenne keinen anderen Menschen, der immer und immer wieder auf den berühmten „Dreisatzfehler“ bei der Berechnung der Ausfallquote aufmerksam gemacht hat. Der für uns – ganz besonders für den allgemeinen Justizvollzugsdienst gekämpft hat. Du hast gerungen. Als Klabauterfrau den Hammer geschwungen.

Deine Antwort: „Wer soll es denn sonst machen?“ hat mich in der Tat sehr beeindruckt. Deine Beiträge für unsere Fachzeitschrift „der Vollzugsdienst werden sehr fehlen“. Deine spitze Feder hat oft ins Schwarze getroffen. Ja, der Vollzugsdienst wird gelesen. Von der Politik bis ins Ministerium. So konnten einige Ziele verwirklicht werden.
Die Hebung der Vergütung von EG 4 auf 6, die Erhöhung der Ausfallquote, die Verkürzung der Ausbildung im allgemeinen Justizvollzugsdienst; den Anwärtersonderzuschlag für die Auszubildenden im mittleren Verwaltungsdienst, mit Sicherheit ist die Aufzählung nicht abschließend.

Einiges ist von Dir noch auf den Weg gebracht. Wir werden weiter darum ringen. Die deutliche Erhöhung der Meisterzulage; die Rücknahme des Feuerzeugerlass, die Einführung einer Ombudsperson; die Stärkung der mittleren Führungsebene – unsere Bereichsleitungen sollen wieder in der Lage sein, ihre Leitungsaufgaben auch wahrnehmen zu können. Ohne weniger als ihre Mannschaft zu verdienen.

Dein Wirken und Wollen waren stets für den Justizvollzug einzutreten. Nun verlässt Du bald den Vollzug. Du wirst als Bürgermeisterin von Seeheim – Jugenheim mit Sicherheit Geschichte schreiben.

Du wirst eine Bürgermeisterin, die mit vollem Einsatz für Ihre Gemeinde einstehen wird.
Liebe Birgit, vergiss uns nicht. Zum Glück bleibst Du uns als Ehrenvorsitzende erhalten.

Auf ein Wort:

IT im hessischen Justizvollzug fällt aus der Zeit

Seit mehr als einem Jahrzehnt befasst sich der BSBD Hessen kritisch mit der IT im hessischen Justizvollzug. Jetzt ist es wieder dringend, dass die Fachgewerkschaft das Wort ergreift.

Wie kann es sein, dass der Abruf einer simplen Information in Basis Web (wieder) Minuten dauert, sich nichts tut, außer dass sich auf dem Bildschirm der Kreisel dreht. Die Kolleginnen und Kollegen der Pforten, des Besuchs, der Stationen beschweren sich massiv über lange Wartezeiten.

Bei den Updates liegt der hessische Justizvollzug (angeblich) mittlerweile sogar zwei Jahre zurück hinter dem für Basis Web federführenden Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Zu was führt das? Es werden Hilfslisten und Subsysteme – meistens in Excel – geführt. Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet dies mindestens doppelten Pflegeaufwand in unterschiedlichen Systemen. Das führende System ist in der Praxis dann die Exceldatei – nicht Basis Web. Die Bearbeitungsweise zwischen Abteilungen oder gar zwischen den hessischen Anstalten grätscht immer weiter auseinander. Aber niemand interveniert. Die unten ergeben sich in ihr Schicksal, die oben interessiert es nicht? Und die im Justizministerium wissen es nicht?

Wenn jetzt einem einfällt: dann schaltet doch Excel ab und löscht die Dateien, dem sei gesagt: sorgt erst einmal für ein gut funktionierendes und vollständig informierendes, praxisorientiertes – mit SoPart verknüpftes Basis Web. In dieser Reihenfolge bitte! Nur mal so als Zwischenruf. ■

<bitte Bild IT-Arbeitsplatz im Stationszimmer

aus Archiv einfügen>

Auf ein Wort:

Entbürokratisierung auch im hessischen Justizvollzug dringend

Mit der ersten Presseerklärung des neuen Jahres am 04.01.2024 forderte der hessische Justizminister Roman Poseck einen „grundlegen Mentalitätswechsel in der öffentlichen Verwaltung“ und kritisierte scharf den Bundesjustizminister Marco Buschmann. Den Schlüssel für den dringend benötigten Abbau von Bürokratie halte die Politik in der Hand, es sei ihre Aufgabe, so Poseck, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass Verwaltungsverfahren schneller und effizienter durchgeführt und Unternehmen sowie Bürger entlastet werden. Buschmanns Forderung gegenüber der Verwaltung, fünfe gerade sein zu lassen, sei fehl am Platz, sie sei sogar gefährlich, weil sie im Widerspruch zur Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz und damit einer tragenden Säule unseres Staates stehe usw., usw.
Da bleibt nur, so der BSBD Hessen, gleich einmal vorbildhaft vor der eigenen Haustür zu kehren. Schon lange kritisiert der BSBD die vorgegebene – selbst gemachte – Dokumentationswut im hessischen Justizvollzug. Die Bediensteten der Fachdienste (Sozialdienst, psychologischer und pädagogischer Dienst) sind zu 80 % mit Schreibtischaufgaben beladen, anstatt sich direkt „am Mann“ mit den Gefangenen zu arbeiten. Warum? Weil Checklisten, umfassende Vollzugspläne, Stellungnahmen und Berichtspflichten die Arbeitszeit auffressen. In der Wahrnehmung, so der BSBD Hessen, wird die Berichtspflicht wichtiger als die Auseinandersetzung mit den Gefangenen selbst. Geht so, bitte schön, Resozialisierung?
In den Verwaltungsabteilungen sind es beispielsweise die Tertialberichte, die Balanced Scorecard, Controllingberichte, Konzepte und, und, und...., die die Zeit der Bediensteten frisst, ohne dass hierbei Steuerungsrelevanz entsteht.
Auf den Stationen sind es die Beobachtungsbögen, der Feuerzeugerlass, die verfünffachten Besucherüberprüfungen. Die Aufzählung hier ist unvollständig ;-)
Dazu kommt die Doppel- und Dreifachpflege einer Information in unterschiedlichen Systemen, seien es Datenbanken wie BASIS Web, SPExpert und Sopart oder die anstaltseigenen Kreationen, die befüllt werden müssen. Hinzu kommen die in Papier geführten Personal- und die Gefangenenpersonalakten.
Und über allem schwebt das Damoklesschwert der „Sorgfaltspflicht“. Der unangemessene Umgang bei der Bewertung von Fehlern, die Abhängigkeit der Bediensteten aus den daraus resultierenden Beurteilungen lähmen das System.
Es gibt also sehr viel Optimierungsbedarf und Nachsteuerungsmöglichkeiten im eigenen Beritt. Packen wir´s an! Nehmen wir die Besen und kehren gründlich vor der eigenen Tür. Oder besser noch: im eigenen Haus. ■

Mobiles Arbeiten – auch im hessischen Justizvollzug zulassen!

Es gibt kaum eine Arbeitsform und Technik, die sich in Coronazeiten mehr ausgebreitet hat als das mobile Arbeiten. Steuererklärungen, Beihilfeanträge, Erlasse aus dem HMdJ, vieles wird nicht mehr zwingend in einem Büro der hessischen Landesverwaltung bearbeitet, sondern von zuhause, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sitzen zuhause in ihrem Arbeitszimmer am Laptop zuhause und: arbeiten. Das spart natürlich Zeit für den Weg zur Arbeit, das spart Sprit, und es schont schließlich auch die Umwelt und das Klima. Fortschreitende e-Akten-Verwaltung und Digitalisierung des Antragwesens unterstützen diesen Prozess.

Dabei soll nicht verkannt werden, dass Zusammenwirken Begegnung, persönlichen Kontakt, Austausch und Auseinandersetzung braucht. Deshalb geht es bei den Anträgen auf Gewährung mobilen Arbeitens, die insbesondere von den Kolleginnen und Kollegen der Fachdienste und der Verwaltungsdienste gestellt werden, nicht darum, ausschließlich von zuhause zu arbeiten. In aller Regel geht es um ein bis zwei Tage in der Woche oder um die stundenweise Gewährung (z. B. am Nachmittag). Interessant ist, dass der § 14 Hessisches Gleichstellungsgesetz genau diese Formen des Arbeitens insbesondere, wenn es um familiäre Antragshintergründe geht, entsprechend deutlich unterstützt. Die Koalitionsverträge der letzten Jahre sind voll von den Bekenntnissen zu Familienfreundlichkeit und Homeoffice.

Dagegen steht der Widerstand aus der Anstaltsleitungs- und aus der Geschäftsleitungsebene der hessischen Justizvollzugsanstalten, wobei es auf Leitungs- oder Abteilungsleitungsebene immer schon mal Anträge gab, die genehmigt worden waren. In den Verwaltungsdiensten werden die meisten Anträge wohl im Dienstleistungszentrum für den hessischen Justizvollzug mit seinen VCCen bewilligt. Aber auch dort gibt es Sachgebiete, in denen – mit Verweis auf den Datenschutz – mobiles Arbeiten ausgeschlossen wird. Während Steuererklärungen und Beihilfe – soweit die Antragstellenden nicht widersprechen – ganz selbstverständlich von zuhause bearbeitet werden können, scheint das in Personalangelegenheiten des Vollzugs aus Gründen des Datenschutzes nicht zustimmungsfähig zu sein. Klingt wie eine Ungleichbehandlung, oder?

Es steht nun außer Frage, dass verschiedene Bedienstetengruppen wie der allgemeine Vollzugsdienst, der Krankenpflegedienst und der Werkdienst nicht von zuhause arbeiten können. Aber muss das auch für die Fachdienste gelten? Anstaltsleitungen verweisen stets auf notwendige Krisenintervention und die Arbeit am Gefangenen. Die betroffenen Bediensteten berichten allerdings, dass sie in ihrer Arbeitsrealität 80 % ihrer Arbeitszeit am Schreibtisch verbringen, um ihre Aufgaben zu erledigen. Das ist leider der mittlerweile aberwitzigen (!) Dokumentationswut im hessischen Justizvollzug geschuldet. Genau um diese Aufgabenerledigung geht es aber den Kolleginnen und Kollegen der Fachdienste; diese einfach mal ungestört und unterbrechungsfrei erledigen zu können, darum ringen die Betroffenen. Würde man sie doch einfach mal fragen, wie sie gemeinsam das Krisenmanagement organisieren würden, damit es funktioniert, statt über ihre Köpfe hinweg, grundsätzlich alles abzulehnen – allen wäre geholfen. Auch den Kolleginnen und Kollegen des AVDs.

Statt über Zielvorgaben und Aufgabenerledigung zu steuern, glauben viel zu viele auf der Führungsebene offensichtlich noch, sie könnten gute Ergebnisse nur durch Kontrolle der Betreffenden erreichen, zuhause werde sicher nichts gearbeitet. Wer glaubt, den hessischen Justizvollzug durch seinen/ihren Kontrollwahn (!!) weiterzubringen, dem empfiehlt der BSBD Hessen dringend die Lektüre und Umsetzung der Führungskräfterichtlinien der hessischen Landesverwaltung vom 18.07.2018 sowie das Personalentwicklungskonzept samt Führungskräfterichtlinien des hessischen Justizvollzugs. Schublade auf, Richtlinien raus – lesen! – anwenden! –

Und schließlich: wer mobil arbeitet, muss auch an den Gleitzeitregeln teilnehmen dürfen. Es kann nicht sein, dass im Justizressort Dienstvereinbarungen vorgeschlagen werden, in denen Arbeitstage im Homeoffice nur mit einem Fünftel der Wochenarbeitszeit bewertet werden, egal wie lange die Betroffenen gearbeitet haben. Der europäische Gerichtshof hat in seiner Rechtsprechung ausdrücklich gefordert, dass die Arbeitszeit präzise zu erfassen ist. Im Justizvollzug wird das seit Einführung des Arbeitens von zuhause genauso gelebt und wurde technisch vor vielen Jahren genau so umgesetzt. Warum also sollte der Hauptpersonalrat Justizvollzug nun einer Regelung zustimmen, die die Bedingungen für die Arbeitszeitbewertung verschlechtert? ■

Füller

Tattoos und Uniform – passt?!

In ihrer Abschiedsrede am 01.12.2023 forderte Birgit Kannegießer, das offene Tragen von Tattoos nun auch im hessischen Justizvollzug zuzulassen. Das, so die scheidende Landesvorsitzende, kostet Justizminister Roman Poseck, nicht einen Cent, entlastet aber die Bediensteten des AVDs gerade im Sommer ganz massiv. Nach den aktuellen Regeln aus der Dienstkleidungsordnung für den hessischen Justizvollzug müssen Uniform tragende Bedienstete Tattoos bedeckt tragen. Bei 35 Grad in nicht klimatisierten Stationen sind Langarmhemden oder Abdeckpflaster aber tatsächlich kein Zuckerschlecken. Viele Betroffene appellieren immer wieder gerade an die Gewerkschaft und den Hauptpersonalrat, sich für sie einzusetzen und auf eine Änderung der Trageregeln zu pochen. Während Bedienstete der Verwaltung und Fachdienste (auch Vorgesetzte, ein Hoch auf die Vorbildfunktion) bei sommerlichen Temperaturen ganz selbstverständlich Tattoos offen tragen, wird das Verdecken im Justizvollzug bei den Uniformtragenden ziemlich rigoros durchgesetzt.

Ist es aber wirklich noch so, dass offene Tattoos Tür und Tor öffnen für die Fraternisierung zwischen Bediensteten und Gefangenen? Nein. Es kann einfach nicht mehr ausgeblendet werden, dass sich die gesellschaftliche Bewertung zu Tattoos in den letzten zwei Jahrzehnten massiv gedreht hat. Was vor Jahrzehnten als Erkennungszeichen für bestimmte gesellschaftliche Schichten galt, zählt heute als „Körperschmuck“. Deshalb ist es auch überhaupt nicht verwunderlich, dass Uniformtragende Tattoos tragen. Bei der Polizei wird offensichtlich sehr pragmatisch vorgegangen, kurzum das offene Tragen wird – so die Abbildungen nicht verfassungswidrig sind – einfach geduldet. Das sehen die Vollzugskollegen natürlich täglich, wenn beispielsweise Gefangene in die JVA verbracht werden etc. Das gar in Einstellungsverfahren die persönliche Eignung für den AVD in Frage steht, wenn Tattoos sichtbar sind, können wir uns mangels (geeigneter) Bewerberinnen und Bewerber schlicht gar nicht mehr erlauben. Damit erschweren wir für eigentlich geeignete und Interessierte den Weg in das Berufsfeld des AVDs, zumal die Zahl der Tätowierten in dieser Altersgruppe mittlerweile bei wenigstens 30 % (oder höher?) liegen dürfte. Das ästhetische Empfinden älterer Entscheidungsbefugter kann doch nicht dazu führen, dass der hessische Justizvollzug diesen Schritt in die heutige Zeit verweigert.

Warum, so fragt der BSBD Hessen, können die Regeln nicht auch im hessischen Justizvollzug gelockert werden? Justizminister Roman Poseck sagte beim Gewerkschaftstag 2023 jedenfalls zu, die Forderung prüfen zu lassen, um die Kolleginnen und Kollegen im nächsten Sommer zu entlasten. Wir bleiben dran, liebe Kolleginnen und Kollegen, versprochen! ■

<bitte Bild aus Archiv mit uniform tragendem Bediensteten und Tattoo ergänzen>

Zugunsten krebskranker Kinder veranstalten Bedienstete Bubble-Soccer-Turnier in der JVA Butzbach

Ambulantes Kinder- und Jugendhospiz freut sich über hohe Spende

Die Belange der Kinder des Ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienstes Gießen standen im Mittelpunkt beim Bubble-Soccer-Turnier am 01. Dezember in der JVA Butzbach. Organisiert wurde das Turnier und die große Spendenaktion von den **Kollegen Marco Märke und Michael Mündelein**. Mit sechs Mannschaften, darunter auch einer Gast-Mannschaft des Alloheims „Haus Neue Mitte“ aus Pohlheim, wurde die Sporthalle der JVA zum Austragungsort des lustigen Fußballspiels.
Die Spende der Bediensteten und Teilnehmer belief sich am Ende auf absolut großartige **1.856,66 Euro** für die krebskranken Kinder. Dafür bedankte sich Kollege Mündelein ganz herzlich bei allen Spendern und natürlich auch den Teilnehmern am Bubble-Soccer-Turnier.
Frau Dominika Ludwig, die als hauptamtliche Koordinatorin für den Hospizdienst tätig ist, und Zuschauerin der witzigen Spiele sein durfte, wurde die Spendensumme vom **Anstaltsleiter Uwe Röhrig** und der **stellv. Anstaltsleiterin Anja Müller** zusammen mit den Spielern überreicht. **Frau Ludwig** zeigte ihre volle Begeisterung und kündigte nach dem spaßigen Turnier an, im Folgejahr auch eine Gast-Mannschaft mit den Ehrenamtlichen des Ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienstes ins Gespräch bringen zu wollen.

Susanne Leib ■

Anstaltsleiter Uwe Röhrig und stellv. Anstaltsleiterin Anja Müller überreichen mit den Sportlern die Spende an Dominika Ludwig *Foto: BSBD*

Frischer Wind weht an Bord des Ortsverbandes JVA Dieburg.

Nach intensiven Gesprächen und Beratschlagungen konnte man in einer außerordentlichen Sitzung einen neuen Vorstand des OV Dieburg auf die Beine stellen.

Der ehemalige Vorstand mit dem Vorsitzenden Ralph Hoffmann, hatte sich durch Pensionseintritte und Versetzungen sowie Langzeiterkrankungen in seine Bestandteile aufgelöst.
Der Vorsitzende Ralph Hoffmann versuchte mit aller Kraft, den OV Dieburg trotzdem am Leben zu erhalten.

Deshalb wurde in einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung am 22.11.2023 um 15:00 Uhr im „neuen Freizeitraum der JVA Dieburg“ eben dieser neue Vorstand ins Leben gerufen.

Der Kollege Ralph Hoffmann gibt seinen Platz als 1. Vorsitzender gerne weiter an den Kollegen Kevin Gruber der sich dieser Aufgabe als 1. Vorsitzender stellen möchte. Der Kollege Schindel wird als 2. Vorsitzender aktiv werden.
Der Koll. Herteux übernimmt die Schriftführung und der Koll. Hoffmann läutet seine **letzte Runde** in der Vorstandschaft als Kassierer und weiterer Schriftführer ein.

In der heutigen Zeit ist es nicht mehr so einfach, Kolleginnen und Kollegen zu finden, die sich für solche wichtigen Ehrenämter einsetzen möchten. Deshalb hier ein großes Dankeschön an die neuen Mitglieder im OV Dieburg, die durch ihren Einsatz diesen Ortsverband und die Gewerkschaftsarbeit nun am Leben erhalten werden.

Hoffentlich wird sich diese Einstellung wieder zum positiven verändern.
Den jungen Kolleginnen und Kollegen sollte bewusst sein, das die Gewerkschaftsarbeit und die Vernetzung der Kolleginnen und Kollegen auf dieser Basis wichtig ist wie nie, um Forderungen im Bereich Lohnerhöhung und Verbesserungen in den verschiedensten Arbeitsbereichen durchzusetzen.
Wir Kolleginnen und Kollegen an der Basis vor Ort müssen unsere Probleme ansprechen und weitergeben an die Landesverbände.
Wenn sich niemand mehr einsetzt für uns … wird das Schiff untergehen!! Dann darf auch keiner mehr Jammern.

In diesem Sinne
Die neue Vorstandschaft des OV Dieburg
Stellvertretend
Ralph Hoffmann
Kassierer und weiterer Schriftführer ■

Frischer Wind weht an Bord des Ortsverbandes JVA Dieburg

Der Zahn der Zeit hat die Blanken unseres Schiffes durchlöchert.

Wir haben gehadert, beraten, geplant und nach zahlreichen Reden beschlossen unsere Mannschaft neu auszurichten.

Lange Zeit war ich im Vorsitz. Die Lücken in unserem Ortsverband sind nach und nach durch Pensionseintritte, Versetzungen und leider auch durch langfristige Erkrankungen immer größer geworden.

Verantwortung zu übernehmen ist nicht selbstverständlich. Aber die Mühen auf der Suche nach Nachfolgern hat sich wirklich gelohnt. Wir haben einen neuen Kapitän.

Am 22.11.2023 haben wir bei einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung in dem neuen Freizeitraum der JVA Dieburg den Generationswechsel eingeläutet.

Kevin Gruber steuert mit tatkräftiger Unterstützung von Kollegen Schindel als 2. Vorsitzenden unseren Ortsverband. Unser Kollege Herteux wird die Schriften führen. Ich bleibe nun als Kassierer und weiterer Schriftführer dem Vorstand erhalten. Das wird vor meinem Ruhestand die letzte Amtszeit werden.

Mir fällt ein riesiger Stein vom Herzen. Gerade in der heutigen Zeit, wo niemand mehr Zeit zu haben scheint, ist es nicht selbstverständlich, sich im Ehrenamt einzusetzen. Ein Riesendankeschön an die neuen Mitglieder im Ortsverband, die nun den Ortsverband und damit die äußerst wichtige gewerkschaftliche Arbeit am Laufen halten werden.

Wir hoffen, dass sich unsere jungen Kollegen und Kolleginnen mehr und mehr für die Gewerkschaftsarbeit interessieren und gerne ihren Teil dazu beitragen. Nicht nur mit der Mitgliedschaft – sondern tatkräftig als Wirkende im Ortsverband. Gemeinsames Wirken, die Vernetzung untereinander und die aktive Mitarbeit im gewerkschaftlichen Sinne wird unseren Justizvollzug mitgestalten. Wir haben eine Stimme – lasst uns mit dieser gemeinsam sprechen. Unsere Probleme und Arbeitsbedingungen müssen angesprochen werden. Wer soll sich dafür einsetzen – wenn nicht wir!!!

Gemeinsam für unseren Justizvollzug. Ein Schiff darf schlingern – aber nicht sinken.

Moinzen...Euer Ralph Hoffmann
Kassierer und weiterer Schriftführer im Namen des neuen Vorstandes. ■

Ortsverband Hünfeld unter neuer Leitung

13 interessierte Kolleginnen und Kollegen trafen sich am 30.11.2023 zur Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Hünfeld im Kolpinghaus Hünfeld.
Die Vorsitzende Elke Flach eröffnete die Mitgliederversammlung und berichtete kurzweilig über die aktuellen Entwicklungen in den hessischen Justizvollzugsanstalten.
Nach dem Verlesen des Kassenberichts durch Kassenwartin Mareike Betz und der Entlastung des Vorstandes wurden Neuwahlen durchgeführt.

Gewählt wurden:
Vorsitzender: Luca Borello, zwei gleichberechtigte Vorsitzende: Andreas Havasi und Maurice Vestweber, Schriftführerin: Anika Döhring, Kassenwart und Vertretung: Niklas Laufer und Mareike Betz.

Nach der Wahl hat der neue Vorstand der bisherigen Vorstandsvorsitzenden Elke Flach für die geleistete Arbeit gedankt und ein Präsent überreicht.
Wir blicken gespannt auf die anstehenden Tarifverhandlungen und hoffen auf rege Teilnahme bei unseren Aktionstagen im Februar und März 2024.
Der neue Vorstand ist hochmotiviert und freut sich auf die Gewerkschaftsarbeit, um unseren Beruf noch schöner zu gestalten.

Mit kollegialen Grüßen
Luca Borello ■

Von links nach rechts: Kollege Niklas Laufer, Kollege Luca Borello, Kollegin Mareike Betz und Kollege Andreas Havasi

Frauenvertreterinnen der Länder tagten in Koblenz

Arbeitskreissitzung der Bundesfrauenvertretung des BSBD vom 13. bis 15.12.2023

Dieses Mal trafen sich die Frauenvertreterinnen des BSBD aus den Bundesländern Bayern (Elke Wiesbauer), **Hamburg** (Anke Bewarder-Schwarz), **Baden-Württemberg** (Manja Sommer), **Sachsen-Anhalt** (Anett Matz), Berlin (Silke Jonas und Sengül Mazlum), **Saarland** (Gabi Wollscheid) und **Hessen** (Susanne Leib) in den Geschäftsräumen der *Debeka Hauptverwaltung* in einer der ältesten Städte Deutschlands, dem wunderschönen **Koblenz**.

Begrüßt wurden sie von dem Bereichsleiter „öffentlicher Dienst“ der Debeka Geschäftsstelle Koblenz **Stefan Naumann,** der über die Zusammenarbeit der Gewerkschaft mit der Debeka informierte und um diese warb. Über die besonders aufmerksame Gastfreundschaft und die Einladungen zur Mittagskost in der Debeka-Kantine freuten sich die Teilnehmerinnen sehr. Er lud anschließend zu einem Besuch der Dachterrasse mit Blick auf die Mosel, den Rhein und die Festung Ehrenbreitstein ein.

Zu Gast war am Mittwoch ebenfalls der neu gewählte **Landesvorsitzende der JVB von Bayern, Alexander Sammer**. Bei den Gesprächen mit ihm zeigte sich, sehr zur Freude der Teilnehmerinnen, dass die Bundesleitung deutlich mehr offene Kommunikation mit den Frauenvertreterinnen anstrebt. Leider sind die Zahlen von weiblichen Bewerberinnen im Justizvollzug weiterhin rückläufig und auch die Gewerkschaft zählt nur noch 4.717 weibliche Mitglieder bundesweit. Die darauffolgende Einladung zu einem gemütlichen Gemeinschaftsessen im urigen Bistro Hexenkessel in Koblenz rundete den Besuch von Herrn Sammer bei der Arbeitstagung am Abend hervorragend ab.

Bei dem Treffen standen für die Frauenvertreterinnen diverse wichtige und aktuelle Themen auf der Tagesordnung, darunter die familienpolitische Teilzeit, die Beförderungssituation, sexuelle Belästigung allgemein und Frauen in Führungspositionen. Auffällig war, dass die Frauenvertreterinnen der einzelnen Bundesländer viele Themen gleichermaßen beschäftigen und die Personalknappheit ein mittlerweile massives Problem in den einzelnen JVAs darstellt. Der Kampf um die Gleichstellung der Frauen im Justizvollzug steht weiterhin bei allen besonders im Fokus.

V.r.n.l.: Silke Jonas, Susanne Leib, Elke Wiesbauer, Manja Sommer, Sengül Mazlum, Anke Bewarder-Schwarz, Gabi Wollscheid, Anett Matz und Alexander Sammer

Foto: BSBD Frauenvertretung

Einen sehr herzlichen Empfang bereitete am Donnerstag in der **JVA Koblenz Susanne Ernst**, die Vorstandsvorsitzende des BSBD Ortsverbands Koblenz. Schon während der interessanten Führung durch die Justizvollzugsanstalt, in der Frauen wie auch Männer untergebracht werden, offenbarten sich den Frauenvertreterinnen doch große Unterschiede zwischen den einzelnen Haftanstalten. Beim Rundgang führten die Einblicke in die Unterbringung und Gestaltung des Vollzugs in Koblenz zu hohem Redebedarf und angeregten Diskussionen. Beim abschließendem Gesprächskreis tauschten sich die Kolleginnen über die frauenspezifischen Probleme weiter aus und berichteten von ihren Erfahrungen. Am Ende der erfolgreichen Arbeitskreissitzung erfreuten sich die Frauenvertreterinnen an den liebevoll gestalteten Gastgeschenken.

BSBD Fachgruppenvertreterin der Frauen
Susanne Leib